
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PROMNY: SCHULEN BRAUCHEN PLANBARKEIT STATT STÄNDIGER KEHRTWENDEN

16.03.2021

- Fachleute unterstützen Gesetzentwurf der Freien Demokraten
- Regelmäßiger Einsatz von Schnelltests
- Schülern helfen, Lernlücken zu schließen

WIESBADEN – Moritz PROMNY, bildungspolitischer Sprecher der Faktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat in der heutigen Plenardebate über Schule in der Corona-Pandemie erneut die Landesregierung für deren Umgang mit der Krise kritisiert. „Exakt heute vor einem Jahr wurden die hessischen Schulen erstmals geschlossen. Und auch nach einem Jahr Pandemie gibt es noch immer keine Planbarkeit für den Unterricht in der Pandemie. Wenn etwas verlässlich ist, dann sind es die Unzulänglichkeiten der Landesregierung in der Bildungspolitik“, erklärt Promny. Erst am 5. März ließ der Kultusminister verlautbaren, dass es keine weiteren Öffnungsschritte an den Schulen vor den Osterferien geben werde. Am 9. März kam dann die Kehrtwende unter der Überschrift „Landesregierung beschließt nächste Öffnungsschritte in den Schulen“.

„Wir Freie Demokraten haben einen Gesetzentwurf zur Schule in der Pandemie vorgelegt, der Planbarkeit bietet. Die neuerliche Kehrtwende des Kultusministers bei der Frage des Wechselunterrichts und die positiven Stellungnahmen von Fachleuten bestärken uns darin, dass es dringend einen an Schwellenwerte geknüpften Stufenplan für die Schulen braucht. Zudem haben wir nun noch einen Änderungsantrag eingebracht, der einige der Anregungen durch die Expertinnen und Experten in der Anhörung aufgreift. Dabei geht es vor allem um den regelmäßigen Einsatz von Schnelltests im Schulbetrieb. Außerdem kann bei einer drohenden Überlastung des Gesundheitssystems landesweit nicht nur die Stufe vier, sondern bereits die Stufe drei ausgelöst werden“, erläutert Promny.

Den heute diskutierten Entwurf der schwarz-grünen Koalition zu erforderlichen

Anpassungen des Schulgesetzes bezeichnet Promny dagegen als „ambitionslos“. Das gelte zum Beispiel für das Aufholen von Lernrückständen: „Das Kultusministerium muss die Schulen dabei unterstützen, die Lernstände zu erheben, um den Förderbedarf zu ermitteln und Lernlücken zu schließen. Dabei müssen Lehramtsstudentinnen und -studenten sowie Nachhilfeinstitute eingebunden werden“, fordert Promny. Auch für die berufliche Orientierung der jungen Menschen mangele es im Entwurf der Koalition an kreativen Lösungen.

Ein Kernanliegen der Freien Demokraten ist das digitale Lernen: „Im Bereich des digitalen Lernens hören wir immer nur ‚könnte, müsste, sollte‘. Es wäre eine Chance gewesen, bei der Frage des Distanzunterrichts das digitale Lernen mit zu verankern. Dann wäre auch klar, dass es in der Verantwortung des Landes liegt, die Voraussetzungen für das digitale Lernen sicherzustellen. Dazu gehört, dass den Lehrkräften alternativ zu den Endgeräten ein personalisiertes Budget zur Verfügung gestellt wird. So erhalten sie Endgeräte, die pädagogisch sinnvoll nutzbar sind. Schülerinnen und Schüler brauchen zumindest für die von der Schule verliehenen Geräte einen kostengünstigen Internetzugang. Zudem muss sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass das technische Zusammenspiel unterschiedlicher Lehr- und Lernplattformen verbessert sowie gemeinsame Standards und Schnittstellen geschaffen werden. Nur so wird zeitgemäßes Lernen möglich.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de